



Bei der Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Rheinland-Pfalz wurde klar, dass die Wiederbewaldung Priorität hat. Angesichts der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels gelingt diese nur mit geringeren Schalenwildbeständen.

Waldbesitzer erwarten angepasste Wildbestände

Mitgliederversammlung in der Stadthalle Boppard

Zu Beginn dieser Woche fand die traditionelle Mitgliederversammlung des Waldbesitzerverbandes Rheinland-Pfalz (WBV RLP) statt. Christian Keimer, der Vorsitzende des WBV RLP, begrüßte rund 120 Waldbesitzer und der Bestuhlung nach wurden deutlich mehr erwartet. Eine Diskussion zum Landesjagdgesetz, das sich gerade in der Anhörung befindet, gab es nicht. Auf die Tagesordnung wurden wichtige, aber nicht so kontroverse Themen gesetzt.

Es ging um die Folgen der europäischen Politik für die Forstwirtschaft, darüber sprach die Europaabgeordnete Christine Schneider, und die Auswirkungen des Klimawandels auf die Forstwirtschaft in RLP, dazu sprach Dr. Ulrich Matthes, der Leiter des Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen.

Konstruktive Kritik am Landesjagdgesetz

In seiner Ansprache nahm Keimer das Landesjagdgesetz kurz auf, um zu konstatieren, dass der Gesetzesentwurf in die richtige Richtung gehe, jedoch nicht in allen Punkten das Einverständnis der Waldbesitzer erfahre. Welche Punkte dies seien, das wolle er hier nicht ausführen, dies sei Gegenstand der Stellungnahme, die der WBV RLP an das Forstministerium in Mainz schicken wird. In der Pressemeldung des WBV steht zudem, dass der Gesetzesentwurf die Interessen der Eigentümer teilweise schlechter stellt und teilweise Regelungen trifft, die nicht rechtssicher herausgearbeitet wurden.

Dr. Erwin Manz, der Staatssekretär aus dem Forstministerium in Mainz, dankte für die konstruktive Zusammenarbeit mit dem WBV und das gute Miteinander. Er bemerkte, dass es Zustimmung zum Gesetzesentwurf gab von Seiten der Naturschutzverbände und Ablehnung von Seiten des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz.

Keimer betonte, dass es angepasste Wildbestände braucht, um die Herausforderung der Wiederbewaldung und des Waldumbaus zu meistern. Er forderte die Jäger zur Zusammenarbeit auf. Die Waldbesitzer erwarten eine deutliche Reduzierung von Reh-, Dam-, Muffel- und Rotwild.

Manz erläuterte, dass die Förderung aus den Sondermitteln Wald des Bundes (von Klöckner auf den Weg gebracht), die sogenannte Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im Wald zum Jahresende auslaufen. Auch die GAK wurde gekürzt und damit die reguläre Förderung der Waldbesitzer. Er versicherte, dass sein Haus alles Notwendige unternehmen werde, um für 2024 die Mittel über die GAK wieder einzuholen. Gelder, die für eine Kofinanzierung benötigt werden, seien bereits auf die Seite gelegt worden.

Kritisch äußerte sich Keimer zu den Plänen einer zukünftigen Förderung der Forstwirtschaft. Nicht mehr die Investitionen in den Erhalt und in die Pflege der Wälder stehen im Vordergrund, sondern eine vom Bundesumweltministerium neu geschaffene Kriterienliste, die Nutzungsverzichte im Wald und Flächenstilllegungen priorisiert. Wir erleben einen Paradigmenwechsel in der Forstwirtschaft. Damit, so Keimer, ist dem Klimaschutz aber nicht gedient und es werden Chancen verspielt, auch künftigen Generationen gute Nutzungsmöglichkeiten durch die Ernte von Brenn- und Bauholz zu ermöglichen.

Europaabgeordnete Christine Schneider stellte in ihrem Vortrag einige aktuelle Gesetzesinitiativen auf der EU-Ebene vor: Dass Holz weiterhin als erneuerbare Energie in Europa gelte, das sei ein Kampf gewesen. Dass dieses Thema dann auch auf nationaler Ebene so schnell aufschlug, sorgte für Wirbel. Doch auch hier konnte Schlimmes verhindert werden. Es passe auch nicht, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden und

dabei Holz reglementiert werde. „Wir müssen den CO₂-Speicher erhöhen, dazu brauchen wir den Wald und die Holznutzung“, sagte Schneider. Der Leitgedanke der Europäischen Volkspartei (EVP), der Schneider angehört, sei die multifunktionale Forstwirtschaft.

Es werde die bisherige Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) überarbeitet, wobei sich das EU-Parlament gegen eine Förderung der primären holzigen Biomasse aussprach und eine Pflicht zur Kaskadennutzung im Raum stehe.

Das Nature Restoration Law, die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, bereite ihr Sorgen. „Gute Absicht, schlechte Durchführung“, so das Urteil der erfahrenen Abgeordneten.

Warum wurde nicht Natura2000 optimiert?

Bis 2030 sollen 30 Prozent der völlig zerstörten Ökosysteme renaturiert werden. Doch es gibt bisher keine Antworten, von welchen Flächen hier gesprochen wird. Als Referenzjahr wird 1950 angegeben. Vieles sei noch sehr vage. Bisher bleibt der Waldvogelindex. Es wäre sinnvoller gewesen, die Zielsetzung von Natura 2000 zu überarbeiten, so Schneider.

Letztmals nahm Dr. Wolfgang Schuh und Ökonomierat Norbert Schindler an der Versammlung teil. Schuh wird im nächsten Jahr in den Ruhestand gehen und Schindler wird nicht mehr für das Amt des Kammerpräsidenten zur Verfügung stehen. Die Ausführungen von Dr. Ulrich Matthes werden in der kommenden Woche in der Rubrik Forst, Jagd und Natur zu lesen sein. **zep**



Auf dem Podium während der Mitgliederversammlung (v.l.): Freidrich Freiherr von Hövel, Dr. Erwin Manz, Dr. Ulrich Matthes, Christine Schneider, Christian Keimer und Dr. Wolfgang Schuh. **Fotos: Setzepfand**